

SPD

Verlag und Redaktion:
Hannover, Georgstr. 33

Sozialdemokratischer PRESSEDIENST

II/3

Hannover, 10. Januar 1947
Telefon 20 951

Parlamentsarbeit heute =====

P.R. Fünf Tage neues deutsches Länderparlament - ob in Schleswig, Niedersachsen oder Nordrhein-Westfalen, in Bayern oder sonstwo - es wird im Grunde überall dasselbe sein. Was zeigen die Bildrücke aus den ersten Tagungsabschnitten, was hätten sie zeigen können ihren ganzen Gepräge und Ablauf nach?

Es ist oft ungerecht, zu verallgemeinern, aber es ist auch unvermeidlich, wenn man zu einem Urteil kommen will. Wer zur Zeit des Weimarer Parlamentarismus genaueren Einblick in den damaligen Parlamentsbetrieb hatte, etwa im Deutschen Reichstag oder im Preussischen Landtag, war vielen Sitzungen, ereignislosen und sturmdurchtobten, beigewohnt hat, kann aus dem kurzen Anschauungsunterricht dieser Tage nur Hinweise und Andeutungen vergleichender Art gewinnen. Aber sie sind, alles in allem, doch recht aufschlussreich und nicht ermügend. Diejenigen, die Kritik an deutschem Parlamentarismus der Weimarer Zeit geübt haben, konnten meist auch gute Gründe dafür angeben. Leider ist nicht zu bezweifeln, dass viele dieser Gründe auch heute wieder Gültigkeit gewinnen.

Die Parteien machen sich gegenseitig das Leben schwer, statt leicht, auch dort, wo es im Namen der parlamentarischen Demokratie durchaus nicht notwendig wäre. Sie werfen sich gegenseitig vor, Reden "zum Fenster hinaus" zu halten, das heißt, aus vornehmlich propagandistischen Gründen und mit ganz bestimmten Nebenabsichten. Ihre Redner neigen auch immer wieder dazu, sachliche Fragen zuerst unter dem Blickwinkel ihrer Partei zu sehen und für den, der selbst bemüht

ist, das zu vermeiden, ist es unmöglich zu sagen, dass irgend-
eine Partei sich von dieser Neigung freizuhalten versagt. Sie über-
tragen nur allzu oft doch saloppen und aggressiven Wahljargon auf
das Parlament. Taktische Gesichtspunkte spielen eine unverhältnis-
mässig wichtige Rolle, Überlegungen also, die ein dringendes sach-
liches Erfordernis unter dem Aspekt des künftigen Nutzens für die
Position einer Partei-in der parlamentarischen Auseinandersetzung
oder in einem kommenden Wahlkampf beurteilen.

Die Arbeit der heutigen Landtage ist durch ihre eigenen und
die Ohnmacht der Länderregierungen natürlich nicht leichter, son-
dern viel schwerer, oder, besser gesagt, unangenehmer geworden.
Sie müssen sozusagen Parlament spielen, Verantwortung mimieren. Das
schafft Unzufriedenheit, ständige Unsicherheit über die Grenzen
der eigenen Möglichkeiten und trägt gewiss nicht dazu bei, das
sachliche Interesse an dieser Arbeit zu erhöhen. Es ist für man-
chen erfahrenen alten Parlamentarier enttäuschend zu sehen, wie ih-
nen von parlamentarischen Dilettanten gleich Schuljungen parla-
mentarischer Unterricht erteilt wird, wie sie auch nachsitzen müssen,
wenn etwas angeblich nicht geklappt hat. Es ist unverständlich, wie
man annehmen kann, dass mit diesen Mitteln dem deutschen Volk, das
in so weiten Schichten parlamentarisch-demokratischer Gepflogenhei-
ten entwöhnt ist oder diese politische Lebensform überhaupt noch
nicht kennengelernt hat, Zuneigung oder gar Achtung vor den Trägern
dieses politischen Systems beigebracht werden kann.

Sicher ist richtig, dass, mit den Augen des fremden Beobachters
gesehen, viele Erscheinungen des deutschen Parlamentarismus unangenehm
sind. Hier sollte man die Zeit zugutehalten, die ein parlemen-
tarisches Vakuum entstehen liess. Es wäre vielleicht zweckmässig zu ver-
suchen, sich diese Dinge von selbst zurechttrümmeln zu lassen, anstatt
allzu aufdringlich und häufig mit erhobenem Zeigefinger bei der Stel-
le zu sein. Dieses Verfahren verspricht besonders in einer Zeit we-
nig Wirkung, in der manche Unzulänglichkeiten im Können des Führers
so deutlich zutagegetreten sind, dass sie auch von loyalsten und
willigsten Schüler nicht übersehen werden können.

Es war erstaunlich und gleichzeitig ein gewisses Zeichen po-
litischer Einsicht breiter Volkskreise, dass der Ausgang der Wahl-
ten in Deutschland bisher eine klar anti-extremistische Tendenz auf-
wies. Umso bedauerlicher ist es, dass unter den gewählten (oder auch
nur ernannten Vertretern) der grossen Parteien eine solche Neigung zu
Mässigung und Toleranz häufig so gering ist.

spd/10. Januar 1947

Wir stellen den folgenden Beitrag über das brennende Problem der Entnazifizierung zur Diskussion, ohne uns mit ihm in allen Teilen zu identifizieren. (Die Red.)

Steckbrief statt Fragebogen?

K.F. In einer Berliner Zeitung wurde neulich der Vorschlag gemacht, das System der Fragebogen abzuschaffen und statt seiner Steckbriefe zu erlassen für alle jene, die in Hitlers Jahren nachweislich einen Verwandten oder Bekannten denunziert, der Gestapo ausgeliefert oder ins KZ verbracht haben. Der Vorschlag hat zur Grundlage die aussichtslos scheinende Bemühung, mit den zwanzig bis dreissig Millionen Menschen individuell fertig zu werden, die irgendwie mehr oder weniger aktiv mit der Maschine des Hitlerstaates in Berührung gekommen sind. Wir wissen, dass es trotz Kontrollratsgesetzen zur Entnazifizierung in Deutschland ein ganzes Dutzend von verschiedenen Verfahren gibt, die einander oft genug widersprechen und nicht nur in den einzelnen Zonen, sondern auch noch innerhalb dieser sich beträchtlich voneinander unterscheiden. Spruchkammern und Entnazifizierungsausschüsse, Unbedenklichkeitserklärungen, Aftifa-Genehmigungen und -Bescheinigungen, die fast in Abwandlung dem berüchtigten Naziwort ähneln: "Wer ... ist, beschönige ich", mühen sich um das quälendste deutsche Problem - und keiner dieser Institutionen gelang es bisher, die Anerkennung der öffentlichen Meinung zu erhalten. Und der Gedanke, dass ihre Tätigkeit überhaupt erst begonnen hat, obwohl wir beinahe zwei Jahre hinter den Zusammenbruch stehen, macht schauern.

Insofern ist jeder Weg, der beherzt begangen wird, um das Wirrwarr zu klären, auch ein Ausweg, der zumindest sorgfältiger Ueberlegungen wert ist. Die Möglichkeit, dass eine Anzahl von Schuldigen straf-frei ausgeht, besteht bei jeder Amnestie. Aber noch immer hatten Amnestien den Sinn, die Gerechtigkeit des guten Willens vor das formale Recht zu stellen. Eine grosse Gesellschaft, in der ein wichtiger Teil mehr oder weniger gezeichnet ist, schädigt ihr Fundament. Der Anschauungsunterricht, den Hitlers Ruinen und menschliche Leiden hinterlassen haben, wirkt heute auch deutlich auf die, die sie mitverschuldet haben. Man kann sie schlecht und recht nach menschlichen Maßstäben dafür bestrafen, dass das Menschliche so rar geworden ist. Aber man kann sie auch verhärten. Eine Amnestie gibt ihnen nicht einfach eine Chance. Sie macht sie vor allem mit einer anderen Gesinnung bekannt. Freilich ist die Gefahr damit nicht gebannt, die der Zoo gegen die wilden Tiere niederschlägt, aber heute ist mehr als Lager und Zirkus und Verbannung Einsicht und Arbeit und Leistung vorzuziehen.

Die Demokratie unserer Tage wird gern von manchem ihrer Gralshüter gewarnt, wenn sie es auch gegenüber ihren bisherigen Feinden mit ihren Idealen der Humanität versucht. Sie wird dann häufig an das Schicksal von Weimar erinnert. Und schon ist der RUF nach einer starken und eisernen Energie bei der Hand. Das Gefühl für die Verwendbarkeit totalitärer Fussangeln verlässt offensichtlich so schnell keinen, der durch sie sich durchpirschen musste. Nur ist dazu zu sagen, dass gerade mit solchen Methoden sich die Demokratie in rasender Eile wieder auf Hitler zubewegt. Und wen will man nach 20 Monaten unsäglicher Bemühungen, sich durch den Schutt der Schicksale ans Tageslicht durchzwängen, noch ernsthaft klar machen können, dass mit Stachelstraht und Scheibensauern das Problem Deutschland unter uns Deutschen zu bewältigen wäre?

Es ist die Zeit gekommen, in der wir den Mut haben müssen, kühne Methoden und Mittel zu verabschieden, von denen wir uns vor zwei

Jahren für die Bereinigung, noch etwas versprochen haben. Die furchtbare Katastrophe, in die uns Hitler gestossen hat, verlangt sehr elementarische Methoden der Arbeit. Sie verlangt die Politik des gesunden Menschenverstandes. Und es ist notwendig, dass in dieser Zeit nicht der Hauptteil unserer Energie und Kraft in Diskussionen und Aburteilen zerfasert wird. Das Beispiel, das Vorbild die Lesarten hat die Stunde zu regieren. Und das Problem der Entnazifizierung ist, soweit es nicht ein kriegsilles Problem ist und die zu sühnenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit betrifft, vorwiegend und in vorerster Linie ein Problem der Ueberzeugung und Erziehung.

Dass es angesichts so ungeheuerlicher Verbrechen schwer ist, sich zu unserem alten Glaubenssatz in der Leonhard Frankschen Sprache zu bekennen: "Der Mensch ist gut", versteht sich. Aber es hängt alles darauf an, ob der Satz zu entkräften, dass er schlecht sei. Denn dann könnte keine Arbeit und keine Mühe. Erst darin liegt die wirkliche Ueberwindung Hitlers. (1/9147/1/87/3a)

Moskaus neuer Kurs

von Kurt H. Dieck

Die nicht nur auf Deutschland beschränkte Aufmerksamkeit über das "hochheimliche" Russland hat es den Hitler, Goebbels und Rosenberg leicht gemacht, die Sowjetunion für die Welt als ein Schreckensgespenst hinzustellen, mit dem alles Übel ursächlich verbunden war. Mit der Verdinglichung der Menschen hat sich immer ein gutes Geschäft machen lassen. Wir Deutsche können uns damit trösten, dass wir nicht allein darauf hingefallen sind. Auch jenseits unserer Grenzen blieb man nicht unbeeindruckt. Der Kompromis von München, wo die Westmächte anstelle der von Litwinow empfohlenen kollektiven Sicherheit den Ausgleich mit Hitlerdeutschland wählten, ist ohne diesen Anstößkomplex gegenüber Moskau nicht gut erklärlich. Und es kann nicht gelugnet werden, dass genau derselbe Vorstellungskreis auch heute noch als wichtiges Motiv der offiziellen grossen Politik durchaus vorhanden ist.

In dieser Situation ist es kaum verwunderlich, dass es in Deutschland heute Menschen gibt, die entweder niemals politisch denken konnten oder denen Goebbels es so gründlich abgewöhnt hat, dass sie es noch nicht wieder gelernt haben, und also schliesslich Hitler und die Seinen hätten ja wohl zum mindesten in puncto Sowjetunion (wer weiss .. vielleicht auch noch in so vielen anderen Punkten?) durchaus recht gehabt: mit seinem Popanz Bolschewismus und also auch mit seinem Präventivkrieg gegen Moskau. Schon heute befürchten die Westmächte tief, dass es ihm nicht gelungen sei, den Sieg davon zu tragen, vor dem er sich so nahe schon gestanden habe...

Ebenso falsch als Trugschluss erkennbar ist aber die heute in Moskau geübte Kennzeichnung aller denen, die solcherart Angst oder Besorgnis vor der Sowjetunion zeigen, als Faschisten und Reaktiäre. Indem man sie derart "entlarvt", wie man in Moskau zu sagen beliebt, zieht man ihnen nämlich erst die Rüstung, die schützende Wehr oder die Boxhandschuhe an. Innerhalb der internationalen Diskussion, die nach der heutigen Mode keineswegs mit (Konferenz) Zimmerlautstärke geführt wird, sollen solche schmeicheleichen Beiworte durchaus diskriminierend wirken, Schimpfworte sein. Es soll hier nicht unversucht werden,

spä/10. Januar 1947

woher diese Angst kommt und wie weit sie berechtigt erscheint. Die Haltung der Sowjetunion zu vielen Fragen der Weltpolitik unterscheidet sich so scharf, so von ihr selbst betont von denjenigen der führenden angelsächsischen Mächte, dass sie ihnen unverständlich und die Macht, die solche Prinzipien vertritt, ihnen rätselhaft wirkt oder bleibt. Eine andere Reaktion als Angst ist kaum schließlich denkbar.

Wenn man als Beobachter der letzten internationalen Versammlungen in New York mit sichtlichem Schicksalssinn, aber fast verunsicherter Überraschung eine Annäherung feststellen kann, so verleiht man nicht die Bedeutung der russischen Subjektlosigkeit hierfür hervorzuheben und kann sehr oder weniger weitreichende Hoffnungen für die Zukunft, namentlich auch für die Moskauer Konferenz im Juli 1947 zu knüpfen. Insbesondere war Malenkovs Abrüstungsvorschlag als entschlossene Rochade, die die Spielsituation mit einem Schläge voll beleuchtete. Jedenfalls hatte der russische Außenminister zum Schluss eine "gute Presse". Die aber hatte vor einigen Wochen auch schon Stalin, als er in seinen beiden Interviews in kategorischen Worten zum Ausdruck brachte, dass "kein Krieg" drohe. Die herkömmliche Sicht nun bei dem Versuch, die Hintergründe eines scheinbar auf dem Kopf liegenden grundsätzlichen politischen Gesinnungswechsels in Moskau zu erforschen, sich auf ein Rätselraten über neue Schattenspiele in Kreml zu verlieren, wie es manche englische Blätter, so etwa "Spectator" tun. Es genügt vielmehr anzunehmen, dass die Sowjetunion die letzten tiefen Kunden, die ihr der Krieg schlug, heftig zu beichten hat, wirklich nicht daran denkt, einen Krieg in absehbarer Zeit zu wünschen, geschweige denn ihn vorzubereiten, wobei noch lange kein Grund dafür gegeben ist, auf einen solchen Krieg zu gute Gründe - ja auch jede Vorpostenstellung auf dem diplomatischen Markte - zu vernichten. (b/2812/1/he)

General Bokow zurückberufen

General Bokow, der bislang als politischer Berater der russischen Militärverwaltung in Berlin tätig war, ist nach Moskau zurückberufen worden. Seine Abberufung wird als ein Beispiel des Versuchs in Verbindung gesetzt, die humanistische Politik in der russischen Zone durchzusetzen. General Bokow hatte die Aufgabe übernommen, die Vereinigung der Sozialdemokratischen und der Kommunistischen Partei in der russisch-besetzten Zone durchzuführen, die bei den vergangenen Wahlen lange nicht die erwartete Mehrheit und in Berlin sogar eine vernichtende Niederlage erlitten hat. Man glaubt in der Abreise General Bokows Anzeichen gewisser politischer und wirtschaftlicher Zugeständnisse erblicken zu dürfen, die die Russen machen zu müssen glauben, um mit den Westmächten gleichen Schritt bei der Errichtung eines neuen und nützlichen Deutschlands halten zu können.

(sp/10/10/1/he) ---

Truman's Botschaft

Die Botschaft, die Präsident Truman am 6. Januar an den neuen Kongress richtete, ist, wie wohlinformierte Kreise des Weissen Hauses zu melden wissen, von einem erst 29-jährigen Leichtenkreuzer und ehemaligen Marinekapitän Namens Clark M. Clifford ausgebracht worden, der im Juni vorigen Jahres auf den See besetzten des "Albatross" für Präsident Truman berufen wurde. Das Amt, das der ein Jahresgehalt

sp. 11. Januar 1949

von 7.000 Dollar vorhanden ist, wurde von verstorbenen Präsidenten Roosevelt geschaffen und früher von Richter Samuel L. Rosenman bekleidet. Clifford Lehman Truman von acht Jahren kennen und von ihm 1944 zur Uebnahme eines Postens als Marine-Bachbearbeiter im Weissen Haus bestimmt. (u/Bic/31/1/he)

Der Erfinder der V2 in Amerika

Unter den deutschen Erfindern, die in den letzten Monaten nach den USA gebracht wurden, um dort ihre Forschungsarbeiten fortzusetzen, befindet sich auch der Erfinder der V2, der junge Dr. Werner von Braun, der die Reise nach den USA in Begleitung seiner Mitarbeiter an der Versuchsanstalt in Peenemünde Dr. Schilling und Dr. Steinhoff angetreten hat. Auch Dr. Laschke Frau, ein gebürtiger Oesterreicher, und Dr. Lippisch, die Konstrukteure des Messerschmitt-Düsenjägers, sind jetzt in den USA. Dr. Lippisch, ein eifriger Schmetterlingsforscher, will bei der Beobachtung des Schmetterlingsfluges das Prinzip seines Apparates gefunden haben. Ein weiterer deutscher Erfinder, der nach den USA gekommen ist, ist Dr. Heinrich, der Erfinder des Bänder-Lallschirms, der 1944 erstmals verwendet wurde. Die Familien der deutschen Erfinder, die nach den USA geholt wurden, sind in Landshut in Bayern und werden dort auf die Erlaubnis, nach Amerika fahren zu können. (u/Bic/31.2/1/he)

Helgoland wird doch gesprengt

Nach einer Meldung der "Continental Daily Mail" wird die Insel Helgoland noch vor dem 31. März in die Luft gesprengt werden. Als der Plan der Engländer, die Insel rastlos zu zerstören, im Vorjahr laut wurde, erhob sich dagegen starker Protest. Es scheint jedoch, als sei er ungehört verhallt, denn die Vorbereitungen zur Sprengung der Insel, die von 20 km langen Kanäle durchzogen wird, sind jetzt soweit gediehen, dass die Sprengung jederzeit vorgenommen werden kann. Sie soll so gründlich durchgeführt werden, dass von ihr nur noch "ein Vogelparadies und ein Felsenhaufen" übrig bleiben wird, wie ein Offizier der englischen Marine erklärte, von der die Sprengung vorgenommen wird. (u/Bic/31/1/he)

Verdoppelte SPD im Saargebiet

Die Sozialdemokratische Partei im Saargebiet zählt jetzt, wie wir einer uns zugegangenen Information entnehmen, 13.000 Mitglieder. Damit hat sie die doppelte Mitgliederzahl im Vergleich zu den Jahren 1918/35 erreicht. "Die Volkswacht", die als parteieigenes Organ einmal wöchentlich erscheint, führt zur Zeit einen scharfen Kampf für die Sozialisierung der saarländischen Küttenwerke und anderer Grossbetriebe durch. Die CDU verhielt sich gegenüber den Forderungen der Sozialdemokraten zurückhaltend. Die Bevölkerung verfolgt den Kampf um die Sozialisierung mit wachsendem Interesse. Ueberrall in den Betrieben, in der Bahn, in den Wirtschaften, wird das Problem der Sozialisierung eifrig diskutiert. - Mit der Zahl von 13.000 Sozialdemokraten im Saargebiet erhöht sich die kürzlich mitgeteilte Gesamtmitgliederzahl der Sozialdemokratischen Partei in der französischen Besatzungszone auf 58.000. (u/Bic/31.2/1/he)

Verantwortlich: Fritz Sängers, Hannover.